Bundesblatt

104. Jahrgang

Bern, den 24. Juli 1952

Band II

*Erscheint wöchentlich. Preis 30 Franken im Jahr, 16 Franken im Halbjahr zuzüglich
Nachnahme- und Postbestellungsgebühr*

*Einrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzelle oder deren Raum. — Inserate franko an
Stämpfli & Cie. in Bern*

Bundesratsbeschluss

betreffend

die Wiederinkraftsetzung und Abänderung der Allgemeinverbindlicherklärung des Gesamtarbeitsvertrages für das schweizerische Schuhmachergewerbe

(Vom 12. Juli 1952)

Der Schweizerische Bundesrat .

beschliesst:

Art. 1

Der am 31. Dezember 1951 abgelaufene Bundesratsbeschluss vom 26. August 1948¹⁾ betreffend die Allgemeinverbindlicherklärung eines Gesamtarbeitsvertrages für das schweizerische Schuhmachergewerbe wird wieder in Kraft gesetzt.

Art. 2

Der vorgenannte Bundesratsbeschluss wird wie folgt abgeändert:

Art. 2, Ziff. 6, Abs. 1.

Der Mindeststundenlohn für die im Zeitlohn sowie für die im Leistungslohn (Akkord usw.) beschäftigten Gesellen beträgt einschliesslich Teuerungszulage

in städtischen Verhältnissen (Ortsklasse I):

	Franken
Geschäftsklasse 1 (= Tarifklasse A)	2.35
Geschäftsklasse 2 (= Tarifklasse B)	2.15

¹⁾ BBl 1948, III, 103.

in halbstädtischen Verhältnissen (Ortsklasse II):

Geschäftsklasse 1 (= Tarifklasse B)	2.15
Geschäftsklasse 2 (= Tarifklasse C)	2.05

in ländlichen Verhältnissen (Ortsklasse III) 1.90

Art. 2, Ziff. 7.

Jugendliche Gesellen erhalten nach abgelegter Lehrabschlussprüfung während höchstens eines halben Jahres in der Regel 75% und während eines weiteren halben Jahres 85% der ortsüblichen Löhne. In besonderen Fällen, wo eine berufliche Weiterbildung möglich ist, wird der Lohn durch Vereinbarung bestimmt.

Art. 2, Ziff. 9.

Erhalten Gesellen oder Hilfskräfte Kost und Unterkunft im Haushalt des Meisters, so können ihnen dafür höchstens folgende Ansätze im Tag angerechnet werden:

	für Kost Franken	für Unterkunft Franken
in städtischen Verhältnissen	5.40	1.20
übrige Verhältnisse	4.90	— .90

Art. 2, Ziff. 18.

Dem Arbeitgeber ist es freigestellt, dem versicherungsfähigen Arbeitnehmer einen Beitrag von mindestens 4 Franken pro Monat an die Kosten einer Krankenversicherung mit Taggeldvergütung auszurichten, in welchem Falle der Arbeitgeber der Lohnzahlung im Krankheitsfalle des Arbeitnehmers entoben ist. Der Anspruch aus Artikel 335 des Obligationenrechts ist damit abgelöst. Der Arbeitnehmer, welcher den Prämienanteil an die Krankenkasse entgegennimmt, ist verpflichtet, sich bei einer anerkannten schweizerischen Krankenkasse gegen die Folgen einer Krankheit und für ein genügendes Taggeld zu versichern. Dem Arbeitgeber steht das Recht zu, sich über die regelmässige Zahlung der Prämien zu verwissern.

Art. 3

Dieser Beschluss tritt mit der amtlichen Veröffentlichung in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 1953.

Bern, den 12. Juli 1952.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Kobelt

Der Vizekanzler:

F. Weber

Bundesratsbeschluss betreffend die Wiederinkraftsetzung und Abänderung der Allgemeinverbindlicherklärung des Gesamtarbeitsvertrages für das schweizerische Schuhmachergewerbe (Vom 12. Juli 1952)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1952
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	30
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.07.1952
Date	
Data	
Seite	537-538
Page	
Pagina	
Ref. No	10 037 958

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.